

Bezugspreis: Vierteljährlich 3.00 M., monatlich 1.00 M. ...

VORWÄRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die schmalste Spalte ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 17. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Schluß mit dem Zerstörungswahnsinn! Ein Protest der Essener Arbeiterschaft.

Der Arbeiterrat der Krupp A.-G., Essen hat an General Rollet folgendes Schreiben gerichtet:

Essen, den 8. November 1921.

Seiner Excellenz Herrn General Rollet, Berlin.

Es war der Kruppischen Arbeiterschaft bekannt und von ihr als selbstverständlich angesehen, daß alle Spezialmaschinen, die nur zur Herstellung von Kriegsgeräten irgendwelcher Art benutzt wurden, vernichtet werden sollten und zum allergrößten Teil auch bereits zerstört worden sind.

Die Kruppische Arbeiterschaft hat diese Maßnahmen trotz der damit für sie verbundenen Schädigung im Interesse des Weltfriedens begrüßt.

Sie ist fest entschlossen, ihrerseits jede Anfertigung von Kriegsmaterial zu verweigern.

Nun wurde in den letzten Tagen den im Gebäude 10 (Maschinenbau 21) beschäftigten Arbeitern von der Betriebsleitung eröffnet, daß ein erheblicher Teil der dort zur Bearbeitung von reinem Friedensmaterial im Betrieb befindlichen Maschinen auf Befehl der Interalliierten Kommission zu Reparationszwecken abgegeben oder zerstört werden müßten.

Die Belegschaft kann die Anordnung dieser Maßnahme um so weniger verstehen, weil auf diesen Maschinen nur Friedensmaterial hergestellt wird und diese Herstellung durch Zerstörung der in Frage kommenden Maschinen nahezu unmöglich und dadurch nicht nur die Arbeiterschaft dieses Betriebes, sondern auch die der Stahl- und Walzwerke auf das schwerste geschädigt wird.

Sie ist darüber auf das höchste empört und erblickt in der Befestigung oder Zerstörung ihrer Produktionsmittel einen durch nichts berechtigten Anschlag auf ihre Lebensmöglichkeiten.

Der Arbeiterrat hat nach Kenntnisnahme dieser Anordnung eine eingehende Untersuchung vorgenommen und folgendes festgestellt:

In dem oben erwähnten Maschinenbau wurden schon in der Vorkriegszeit 50 Proz. Friedensmaterial hergestellt; in der Nachkriegszeit wird nur

ausschließlich Friedensmaterial

hergestellt, und zwar große Walzen, Kurbelwellen, Defen, Zylinder usw. Ferner haben wir festgestellt, daß die zu zerstörenden Maschinen vollausgeschöpft und die besten des Betriebes sind. Wohl sind noch einige Spezialmaschinen vorhanden, die lediglich zur Herstellung von Kriegsmaterial verwendet werden können, gegen deren Zerstörung wir nichts einzuwenden haben.

Auf Grund dieser Tatsache protestiert die Belegschaft auf das schärfste dagegen, daß ihr aus unverständlichen Gründen Maschinen zerstört werden sollen, die ausschließlich zur Anfertigung hoher volkswirtschaftlicher Werte benutzt und auch dringend benötigt werden.

Wir betrachten die Anordnung der Zerstörung der Maschinen als eine unverantwortliche, vom wirtschaftlichen Egoismus diktierte Maßnahme, die geeignet ist, die deutsche Wirtschaft und damit die deutsche Arbeiterschaft auf das schwerste zu schädigen.

Die über diesen Mißbrauch auf das tiefste empörte Belegschaft des Werkes, zusammengesetzt aus allen politischen und gewerkschaftlichen Richtungen und Organisationen, hat den Arbeiterrat beauftragt, bei den zuständigen Stellen und in aller Öffentlichkeit den schärfsten Protest zu erheben.

Wir erwarten deshalb, daß die verantwortlichen Stellen von dieser Maßnahme absehen und die Anordnung rückgängig machen. Sollten diese Stellen jedoch nach Darlegung der Tatsachen sich dieser Einsicht verschließen und an ihrem Verlangen festhalten, so sind wir von der Belegschaft beauftragt zu erklären, daß die Kruppische Arbeiterschaft bei der eventuellen Zerstörung ihrer Produktionsmittel nicht mitwirken wird.

Indem wir zum Schluß die Erwartung aussprechen, daß die angeordneten Maßnahmen unterbleiben, zeichnet im Auftrage

Die Geschäftsführung des Kruppischen Arbeiterrats: ge. Reinickens, gez. Müller, gez. Dabringhaus.

Um die Reichseisenbahnen.

Gestern sind die Besprechungen zwischen dem Reichsverkehrsminister und den Vertretern der Eisenbahnbeamten und Arbeiter weiter fortgesetzt und bis zu einem gewissen Abschluß gebracht worden. Eine völlige Übereinstimmung in allen Punkten ist allerdings nicht erzielt worden, da über die Frage, ob die Staatsbahnen als Ganzes aus den Einrichtungen des Staates herausgelöst, oder ob sie weiter in der jetzigen Form betrieben werden sollen, innerhalb der Verbände Meinungsverschiedenheiten bestehen. Dagegen herrscht zwischen dem Reichsverkehrsminister und den Eisenbahnvertretern völlige Übereinstimmung darüber, daß an dem Charakter der Reichseisenbahnen, an der Art der Reichseisenbahnen nicht geändert werden dürfe und daß weiter das Berufsbeamtentum als solches bestehen bleiben müsse. Eine Ueberführung in Privatland würde nach Ansicht der Eisenbahner auch bei weitgehenden Garantien keine Gewähr dafür bieten, daß das Beamtentum erhalten bleiben werde. Dagegen war man sich einig über die Notwendigkeit klar, den Betrieb und die Verwaltung der Bahnen möglichst bald in großzügiger Weise zu reorganisieren. Der Reichsverkehrsminister entwickelte sein Programm des Neuaufbaues, zu dem er die Organisationen der Beam-

ten und Arbeiter, vor allen Dingen aber hervorragende Sachverständige aus der Technik und der Industrie heranziehen will. Aus den Ausführungen des Ministers ging hervor, daß er eine vollständige Umstellung des jetzigen Verwaltungsapparates etwa in einen kaufmännischen Betrieb aus mancherlei Gründen nicht für empfehlenswert halte, doch betonte auch er die unbedingte Notwendigkeit, den Verwaltungskörper elastisch zu gestalten, um eine schnelle und sichere Anpassung der Bahnen an die Notwendigkeit der Verkehrskonjunktur zu ermöglichen. Die Eisenbahn müsse sich die großen Industriebetriebe zum Vorbild nehmen, die trotz ihrer riesigen Verzweigung und Mannigfaltigkeit der Produktion sich ständig ohne jeden Zeitverlust der Marktlage anzuschmiegen verständen. Eine direkte Beteiligung der Industrie an den Bahnen lasse sich jedoch kaum durchführen. In der heutigen Sitzung des Kabinetts, das sich mit dem Schicksal der Reichseisenbahnen beschäftigt wird, dürfe der Minister im Anschluß an sein Programm auch die Auffassungen der Eisenbahner selbst zur Sprache bringen.

Im Laufe des heutigen Tages wird dann eine Sitzung stattfinden, der zweifellos große Bedeutung beizumessen ist. Die Spitzenverbände der Gewerkschaften werden mit den Vertretern der Arbeitgeberverbände in einer gemeinsamen Sitzung zu dem Kreditangebot der Industrie und den Verhandlungen über die Eisenbahnen zwischen der Regierung und dem Reichsverband der Deutschen Industrie sowie über die zehn Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Ufa-Stellung nehmen. Die Aussprache hat durch aus unverbindlichen Charakter. Da jedoch führende Männer der deutschen Wirtschaft ihr Erscheinen zugesagt haben, um die Wirtschaftswirtschaften zu erläutern, ist dieser Zusammenkunft sicherlich besondere Bedeutung beizumessen.

Wegen den Eisenbahnraub.

Karlsruhe, 17. November. (Til.) Eine Funktionärerversammlung des deutschen Eisenbahnverbandes, Bezirk Baden, sprach sich gegen die von der Großindustrie geforderte Entstaatlichung der Reichseisenbahnen aus und verlangte, daß die praktischen Forderungen der Fachleute sowohl im Betriebe wie im technischen Dienst mehr zur Geltung kämen. Vor allen Dingen müsse den Anträgen der Betriebs- und Beamtenräte mehr Geltung verschafft werden.

Wirth gegen das Industrie-Angebot.

Im Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei, der gestern zu längeren Beratungen zusammentrat, nahm der Reichsanwalt Dr. Wirth das Wort zu einer eingehenden Rede über die innen- und außenpolitische Lage. In seinen Ausführungen nannte er die politische Lage mehr als verworren und unübersehbar. Er ging dann ganz besonders auf das Kreditangebot der deutschen Industrie ein. Er nannte dieses Angebot unannehmbar und überhaupt nicht diskutabel. Von einem modifizierten Angebot der Industrie, wie es neuerdings nach den Pressemitteilungen ausgearbeitet worden sein soll, sei ihm bisher noch nichts bekannt.

Aus der Versammlung heraus wurde dem Reichsanwalt bei seinem Urteil über das Industrieangebot lebhaft zugestimmt. Die schwerindustriellen Kreise des Zentrums ließen in der Ausschussung keinen Zweifel darüber, daß sie mit der Entschlebung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie sich niemals haben befreunden können. Die Tagung schloß mit der einstimmigen Annahme eines Vertrauensvotums für Dr. Wirth.

Die erschrockene Börse.

Die gestern veröffentlichten Forderungen der freien Gewerkschaften und des Ufa-Bundes haben der Börse einen gehörigen Schrecken eingejagt. Die Kurse der Industrie purzelten heute um 100 bis 500 Proz. Auch am Devisenmarkt herrschte große Zurückhaltung, der Dollar wurde um 250 gehandelt.

Ueberfall auf einen Abgeordneten.

Frankfurt a. M., 17. November. (Til.) Der Reichstagsabgeordnete Seibert (Deutsche Volkspartei) wurde nach einem Vortrag, den er in Plank gehalten hatte, auf dem Wege von Mainz nach Kreuznach von drei Personen überfallen und mit Stöcken mißhandelt. Er trug leichte Verletzungen am Kopfe davon. Sein Begleiter mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Die Täter konnten entfliehen.

Aus der Meldung geht nicht hervor, von wem der Ueberfall ausgegangen ist. Jedenfalls ist er auf das schärfste zu mißbilligen. Die Manieren der deutschen Nationalen Raufbolde dürfen auf keinen Fall in anderen Volksteilen Nachahmung finden.

Wetterwinkel Ostpreußen.

Aus Ostpreußen wird uns geschrieben:

Von Zeit zu Zeit tauchen in reichsdeutschen Blättern Nachrichten über Ostpreußen auf, die mehr oder minder sensationell wirken. Danach scheint es meist, als ob der Republik von Ostpreußen eine besondere Gefahr drohe. Auch in den letzten Wochen ist im Reiche wieder von Ostpreußen in diesem Sinne die Rede gewesen. Es ist nicht leicht, gegenüber diesen zum Teil wahren, zum Teil halb wahren oder ganz falschen Darstellungen ein sachlich zutreffendes Bild von der wirklichen Lage der ostpreussischen Insel zu geben. Man muß Ostpreußen von innen heraus beurteilen; wer aus dem Reiche nach Ostpreußen kommt und es nach den ihm geläufigen Vorstellungen beurteilen will, wird selten den Dingen und Menschen gerecht werden. Vor allem muß man wissen, daß Ostpreußen nicht nur wie Mecklenburg, Brandenburg oder Pommern kolonialer Boden ist, sondern daß es infolge seiner politischen Schicksale die Eigenheiten des Koloniallandes weit stärker bewahrt hat, als jene Länder. Die Tatsache, daß es hier einmal eine Oberschicht fremder herrischer Eroberer und eine Unterschicht unterworfenen Urbewohner gegeben hat, wirkt immer noch nach, was durch die ländliche Besitzverteilung naturgemäß begünstigt wird. Hier hat es bis ins XIX. Jahrhundert hinein niemals einen gemeinschaftlichen Bauern gegeben. Was an fremden Kleinrentnern ins Land kam, Westfalen, Holländer, Salzburger, das ist von der Masse der ursprünglichen bäuerlichen Bevölkerung aufgejogen worden und hat deren Denken und Verhalten angenommen. Die Unterwürfigkeit auf der einen Seite mußte naturgemäß dem Herrtume auf der andern zugute kommen. Das Bürgertum ist in Ostpreußen niemals stark genug gewesen, um politisch und gesellschaftlich zur Selbstständigkeit und zum Selbstbewußtsein zu kommen. Das sind geschichtlich gegebene Tatsachen, die man nicht übersehen darf, weil sie auch heute noch fortwirken und darum nur durch sie die Eigenart dieser Provinz zu verstehen ist.

Diese Tatsachen bewirken nämlich, daß hier die Zwischenschicht fehlt, die nach Zahl und Geist stark genug wäre, um zwischen der Gedankenwelt des agrarischen Herrtums und der des Proletariats den Uebergang darzustellen. Der Einfluß der konservativen Weltanschauung und Stellungnahme endet keineswegs da, wo die Deutschnationale Partei aufhört, sondern reicht weit in die bürgerlichen Parteien hinein und selbst die Demokratische Partei ist nicht frei davon. Das kann das Selbstbewußtsein der Deutschnationalen natürlich nur noch mehr steigern, wie es die proletarischen Kreise noch mehr erbittern muß, und infolgedessen haben wir hier trotz der außenpolitischen nicht ungefährlichen Lage innerpolitische Gegenfälle von einer Schroffheit, die auch hochgestellten Ansprüchen genügen wird.

Es gibt hier wie überall Kräfte, die an einer Milderung der Gegenfälle arbeiten. Aber die Spuren August Winnigs schreiden. Seine Politik der Versöhnung war ein schwerer Irrtum, der sich eben nur aus den ostpreussischen Verhältnissen erklären läßt. Was heute am Ausgleich der Gegenfälle arbeitet, ist durch die Bank mit etlicher Vorsicht zu genießen. Immer spielen hierbei zielbewußte Deutschnationale Parteigänger erste Rollen und sie haben natürlich ihre Gründe dafür.

Immer wieder stellt man auf die Frage: Besteht in Ostpreußen eine Putschgefahr? Ich halte mich für berechtigt, darauf zu antworten: Nicht mehr als irgend sonstwo im Reiche. Es gibt zweifellos Personen unter den früheren Militärs, die nicht geringe Lust dazu verspüren. Aber die rechtsstehenden Kreise sind doch wohl in ihrer Minierarbeit klug oder wenigstens vorläufig genug, um einzusehen, daß ein solcher Streich heute wenigstens zu ihrem schwersten Unheil ausschlagen würde. Wägen sie ihn wirklich, so würden sie jedenfalls außer unreifen Hakentreibengeln keine Gefolgschaft finden und die Arbeiterschaft würde sich wider sie erheben, wie ein Mann. Darüber ist sich jeder halbwegs urteilsfähige Mensch klar, daß ein solches Experiment schon bei der außenpolitischen Lage der Provinz eine furchtbar gefährliche Sache wäre. Darum soll man solchen Gerüchten mit der zulässigen Zurückhaltung gegenüberstehen. Ueber die gemeldeten Waffenfunde hat der Oberpräsident Untersuchung zugesagt, deren Ergebnis man gern abwarten wird; doch muß man fordern, daß es nun endlich einmal aufhört, daß verfassungsfeindliche Zivilpersonen Militärwaffen zur Verfügung haben. Dieser Grundsatz muß mit äußerstem Nachdruck vertreten werden.

In diesem Zusammenhange ist des öfteren der Heimabund genannt worden. Dieser Heimatbund ist eine von Rapp ins Leben gerufene Geheimorganisation, die im Winter 1919 ihren Geheimcharakter aufgab. Angeblich will sie die Provinz vor einem feindlichen Ueberfall sichern. Hoffentlich erstreckt sich die Untersuchung des Oberpräsidenten auch auf den Heimatbund und ermittelt, wozu die großen Geldsummen verwendet werden, die der Großgrundbesitz dieser Organisation fortlaufend zahlt. Wir nehmen an, daß eine gründliche Durchleuchtung dieses Bundes Tatsachen er-

geben wird, die es den Behörden zur Pflicht machen, ihm das Handwerk zu legen. Jedenfalls ist der Heimatbund für die verfassungstreuen Kreise der Provinz ein Moment der Beunruhigung und es würde die Luft erfreulich reinigen, wenn er verschwände.

Das Hauptstreben der rechtsstehenden Kreise richtet sich heute gegen die paar demokratischen und sozialistischen höheren Beamten. Die „Demokratisierung der Verwaltung“ in Ostpreußen ist überhaupt ein Thema für sich. Wenn sie in dem bisherigen Tempo weitergeht, so wird die Republik ihr hundertjähriges Jubiläum feiern können, ehe auch nur die Hälfte der politischen Beamten aus Befennern der republikanischen Staatsform besteht. Zufällig wird gerade heute wieder die Befegung zweier Kreise mit Landräten gemeldet, — beide Landräte sind Herren vom alten Schläge. Bei aller Achtung vor der bürgerlichen Ehrbarkeit des Oberpräsidenten Siehr muß man doch sagen, daß seine Schüchternheit allzuweit geht. Nur keinen Lärm der Deutschnationalen! Nur diese nicht erzürnen und nicht zur Kritik reizen: darin ist Siehr der echte Vertreter dieses innerlich unselbständigen ostpreussischen Bürgertums.

In ihren Mitteln im Kampfe gegen die neuen Beamten sind die Deutschnationalen wahrhaftig nicht wählerisch, und die Leute von der Volkspartei, die hier in der Tat ein sehr übles Kaliber haben, helfen ihnen nach Kräften dabei. Das häßlichste Beispiel für diesen Kampf ist ihr Vorgehen gegen den sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Volk in Königsberg. Genosse Volk war vor seiner Ernennung Notar in Tilsit. Er hat sich im Dezember 1918 der Partei angeschlossen. Er ist reiner Idealist, aber auch ein hervorragender Beamter. Seine Beamten sind einig darin, daß noch nie ein Regierungspräsident die Geschäfte in solchem Umfange beherrscht und bewältigt hat, wie Volk es tut. Dieser Mann ist 47jährig im August 1914 als Freiwilliger ins Feld gegangen, hat sich eine Hand verkrüppelt lassen und hat sich wiederum freiwillig zur Front gemeldet, um dann noch ein Bein einzubüßen. Er hat das Amt angenommen, obwohl damit eine erhebliche Einkommensverminderung verbunden war. Volk tritt öffentlich und propagandistisch gar nicht hervor, sondern widmet sich allein seinen Amtspflichten. Was aber wählt man gerade gegen diesen Mann! Und wie schmutzig sind die Mittel, deren man sich dabei bedient! Es ist zum Erbrechen, wenn man dies Treiben der deutschnationalen und volksparteilichen Ratten verfolgt. Die Hege gegen den Königsberger Polizeipräsidenten Genossen Lühring ist bekannt genug.

Der politische Kampf in Ostpreußen ist schwer, aber wir können ihn führen und fühlen uns stark genug, um immer auf einen Scheitern anderkommen zu lassen. Gerade darum soll man ihn aber nicht durch törichte Gespinnstereien und sinnlose Übertreibungen erschweren.

Die Hölle Niederschönenfeld.

Zu dem nahezu unerschöpflichen Kapitel Festung Niederschönenfeld, aus dem wir schon wiederholt grauenvolle Einzelheiten über die Behandlung der Festungsgefangenen mitgeteilt hatten, gehen uns von glaubwürdiger Seite neuerdings folgende Nachrichten zu:

Der auf Niederschönenfeld gefangen gehaltene Dichter Ernst Toller bekam eine Woche Einzelhaft, verbunden mit Kost- und Bettentzug, auf Grund folgenden Vorganges: In einer Zeitung fand vor kurzem eine Notiz über Toller und den preussischen Kommissar Welsmann. Tollers Berichtigung wurde beschlagnahmt; desgleichen eine zweite, dritte und vierte, die jedesmal gekürzt worden waren. Eine telegraphische Beschwerde an den bayerischen Justizminister wurde aus der Festung nicht herausgelassen, Toller aber hierfür mit obengenannter Strafe belegt.

Der Festungsgefangene Erich Wollenberg erhielt drei Wochen Einzelhaft, von denen er vierzehn Tage ohne Hoffnung in der Zelle verbringen mußte. Außerdem erhielt er eine Woche Bettentzug, mußte also sieben Tage lang ohne Decke

auf dem kalten Fußboden schlafen. Diese Strafe wurde ihm auferlegt, weil Wollenberg — der Behauptung eines Aufsehers zufolge — einem Mitgefangenen namens Grusel einige Zigaretten gegeben haben soll! Man fand jedoch tatsächlich keine Zigaretten, und beide Gefangene bestritten die Wahrheit der Angaben des Aufsehers.

Am 23. Oktober erhielten die Festungsgefangenen keine Post ausgeteilt, weil der Zensor, ein Beamter der Münchener politischen Polizei, erklärt hatte, er zensiere nicht, weil er von einem Gefangenen „Böhner-Banbit“ genannt worden sei. Es steht fest, daß kein Gefangener dieses Wort dem Zensor gegenüber gebrauchte; möglicherweise wurde ihm durch einen der Aufseher hinterbracht, daß sich die Gefangenen in begrifflicher Weise nicht sehr freundlichen Worten über ihren Peiniger ausgesprochen hätten. Die Festungsgefangenen Karpf und Dschewski wurden wegen des kürzlich in der „Roten Fahne“ veröffentlichten Offenen Briefes an den Reichsjustizminister Radbruch in Einzelhaft genommen und erhielten Besuchs- und Schreibverbot.

Auf unsere letzten umfangreichen Mitteilungen über die Tätigkeit des Staatsanwalts Krauß, des Vorgängers von Staatsanwalt Hoffmann auf Niederschönenfeld, haben die bayerische Regierung wie die bayerischen Strafvollstreckungsbehörden geschwiegen; nicht einmal der sonst beliebte Dementierapparat wurde in Tätigkeit gesetzt. Soeben geht uns nun die nachstehende Meldung über einen Selbstmordversuch eines zur Verzeihung getriebenen Gefangenen zu, die unsere Angaben über Niederschönenfeld in vollem Umfange rechtfertigen:

München, 17. November. (Eigener Drahtbericht.) Ein schwer mangelnder Festungsgefangener in Niederschönenfeld bemühte sich seit langem um sachkundige ärztliche Behandlung. Sie wurde ihm trotz häufiger schmerzhafter Anfälle verweigert. Gelegentlich eines schweren Anfalles stellte sich starkes Erbrechen ein. Seine Bitte um Untersuchung hatte Bestrafung mit Einzelhaft zur Folge! Verzweifelt ob der andauernden unmenschlichen Behandlung schnitt sich der Festungsgefangene die Pulsadern auf. Nur weil der Selbstmordversuch noch rechtzeitig bemerkt wurde, konnte der Gefangene gerettet werden.

Auf Grund dieses Tatbestandes wurde folgende Anfrage an den Landtag gerichtet:

„Will die Regierung dafür Sorge tragen, daß den Festungsgefangenen endlich sachgemäße ärztliche Behandlung zuteil wird? Gedenkt die Regierung den Festungs Vorstand zur Verantwortung zu ziehen, der durch seine unerbörte Rücksichtslosigkeit frange Festungsgefangene zum Selbstmord treibt?“

Die bayerische Regierung ist nunmehr gezwungen, Farbe zu bekennen; es wird ihr nicht gelingen, diesen neuesten Erfolg ihrer Gefangenenspolitik, den Selbstmordversuch eines mißhandelten Gefangenen, wiederum totzuschweigen. Die Desinfektion hat ein Anrecht darauf, zu erfahren, was mit deutschen Reichsangehörigen geschieht — auch wenn es sich „nur“ um das Leben von ein paar Duzend Festungsgefangenen handelt.

Konflikt mit Lerchenfeld?

München, 17. November. (Eigener Drahtbericht.) Der bayerische Ministerpräsident hatte die Führer der Koalitionsparteien am Mittwoch zu sich gebeten, um sie von dem Gang seiner Berliner Verhandlungen zu unterrichten. Die Führer der Koalitionsparteien machten dem Ministerpräsidenten bei dieser Gelegenheit bittere Vorwürfe darüber, daß er ohne Zustimmung der Parteien verhandelt habe. Die Beschwerden gingen so weit, daß Lerchenfeld gezwungen war, nicht nur sein Bedauern über sein Verhalten auszusprechen, sondern auch versprechen mußte, nicht wieder ohne Zustimmung der Parteien in Berlin zu verhandeln.

Polnischer Ueberfall auf litauisches Gebiet. Die litauische Telegraphenagentur meldet: Die Polen sind in die neutrale Zone bei Puntk, Gouvernement Suwalki, drei Kilometer tief eingedrungen und bedrücken die litauische Bevölkerung, die die Hilfe des Völkerbundes angerufen hat, mit der Bitte, die Sachlage an Ort und Stelle zu untersuchen.

Deutsch-polnische Wirtschaftsverhandlungen

Verhandlungsbeginn am 23. November.

Berlin, 17. November. (W.B.) Dem Vertreter der deutschen Regierung in Genf ist vom Sekretariat des Völkerbundes mitgeteilt worden, daß der Völkerbund der Vorkonferenz in Paris die Ernennung des schweizerischen Bundesrates Calonder zum Vorsitzenden der deutsch-polnischen Kommission für die Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien amtlich beauftragt habe. Eine schriftliche Mitteilung der Ernennung an die deutsche Regierung wird noch erfolgen. Bundesrat Calonder hat die deutschen Bevollmächtigten für diese Verhandlungen, Reichsminister a. D. Schiffer und Staatssekretär a. D. Lewald, zu einer Vorbesprechung eingeladen, die am 23. November in Genf stattfinden soll.

Loucheur über das Wiesbadener Abkommen

Paris, 17. November. (E.E.) Loucheur wurde gestern von den vereinigten Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten und Finanzen im französischen Senat angehört. Die Sitzung wurde von Poincaré presidiert. Nach Schluß der Sitzung wurde folgender Bericht herausgegeben: Der Minister für die befreiten Gebiete, Loucheur, gab Aufklärungen über das Abkommen von Wiesbaden. In Beantwortung von Fragen seitens verschiedener Mitglieder der beiden Kommissionen führte der Minister aus, daß er glaube, dieses Abkommen könne mit den Zahlungsbedingungen vom 5. Mai in Einklang gebracht werden.

Ueber die Sitzung erzählt man ferner, daß an der Debatte u. a. Poincaré, Ribot, Henri Cherot und Douffet teilnahmen. Aus den Ausführungen Loucheurs wird bekannt, daß er die Frage aufwarf, ob Frankreich die Zahlungen in natura annehmen wolle und ob die Lieferungen Deutschlands in dessen eigenem Interesse auch den Interessen der französischen Industriellen entsprechen. Loucheur beantwortete beide Fragen in bejahendem Sinne, glaubt aber, daß die Unterzeichnung des Abkommens nutzlos wäre, wenn es nicht die Zustimmung aller Affilierten fände. Die Haltung der englischen Presse konnte den Glauben erwecken, daß von englischer Seite Einwendungen erhoben würden. Heute hat Frankreich die Gewißheit, daß dies nicht geschehen werde. Die englische Regierung sei entschlossen, demnächst in dieser Hinsicht Erklärungen abzugeben. Es ist weiter notwendig, daß die französischen Parlamente die Forderungen des Abkommens bezüglich der Transportpreise und der Zollsätze für die deutschen Lieferungen annehmen; denn die heutigen Zollsätze und Transportpreise würden Lieferungen z. B. nach St. Quentin völlig unmöglich machen. Das Abkommen kann ferner nur zur Geltung kommen, wenn in Deutschland eine Regierung am Ruder bleibe, die Deutschland vor der Anarchie und vor dem Bankrott retten könne. Es habe den Anschein, als ob die deutschen Kapitalisten und Industriellen den Zusammenbruch Deutschlands befehligen wollten. Doch glaube er, Anlaß zu der Annahme zu haben, daß der Kurssturz der Mark bereits alle Voraussetzungen der Industriellen übertrifft und daß sich bereits eine Reaktion gegen diesen Standpunkt der Industriellen geltend zu machen beginne.

Vor der Demission Lloyd Georges?

London, 17. November. (E.E.) Die Lage in Irland ist immer noch ernst. Man kennt immer noch nicht die Haltung, die Ulster einnehmen wird, und es ist seinen Einfluß, mit der englischen Regierung nicht zu verhandeln, widerrufen wird. James Craig soll gestern eine neue Note an die englische Regierung gerichtet haben. Das ganze Interesse Englands wendet sich der heutigen Tagung der Unionisten in Liverpool zu, weil diese über die Möglichkeit, die Verhandlungen mit den Iren überhaupt fortzusetzen, entscheiden wird. Sollten sich die Unionisten gegen Lloyd George aussprechen, so erwartet man seine sofortige Demission und die Berufung Clynnes zum Könige, der ihm die Frage vorlegen wird, ob er in der Lage sei, die Regierungsgeschäfte als Führer der stärksten Oppositionspartei zu übernehmen. Sollte Clynnes ablehnen, würde Asquith berufen werden.

Qualitätslehre.

Wir lesen: „Der Arzt Dr. ... in ... ist nach mehrmaliger, zuletzt am 9. Dezember 1920 erfolgter Vorbestrafung wegen gleichzeitiger Verschuldungen durch rechtskräftiges Urteil ... bestraft worden.“ Na, denkt der harmlose Zeitgenosse, der Mann ist erledigt. Ist ja traurig für den Kerl, aber schließlich ist ein Arzt ein Mensch mit akademischer Bildung; der muß sich doch vorher überlegen, was ihm passieren kann. Falsch geraten, lieber Zeitgenosse! Er hat sich das nämlich vorher überlegt und die strafbare Handlung doch begangen. Und es geht ihm ganz gut, und seine Praxis blüht und gedeiht. Denn er annonciert in der Tagespresse regelmäßig. Dieses aber darf er nicht, weil er damit die ärztliche Ehre bedeuelt. Nach Ansicht der ärztlichen Ehrengerichte wenigstens, die ihre Zeit mit Erledigung dieser hochwichtigen Dinge ausfüllen. Manu, sagst du weiter, der Malermeister Arrientele annonciert doch aber auch, und es findet kein Mensch was dabei. Du bist eben in die republikanischen Ideen noch nicht tief genug eingedrungen, lieber Leser, sonst würdest du die Sache verstehen. Herr Arrientele mag ein ehrenwerter Mann sein, aber er ist nur Malermeister. Der Arzt hat außer seiner persönlichen Ehre noch die Standesehre, nachschiefel Hut ab, vor den Ärzten! Jeder Arzt hat zwei Ehren, vorausgesetzt, daß ihm das Ehrengericht die eine nicht abgenöpft hat. Die Johndörzte hatten früher bloß eine Ehre. Da haben sie nicht geruht, bis sie auch die zweite bekamen. Was müssen die sich damals gefreut haben, als sie alleamt hofmännlich über Nacht eine Ehre dazu bekommen hatten. Im alten Deutschland gab es eine Ehre, die war mehr wert als alle die anderen Ehren zusammen: die Standesehre des Offiziers. Dieses ist der offizielle Ausdruck. Denn hätte man in Anlehnung an die Aergie offizierliche Standesehre gesagt, so wäre der Klang zierlich unpassend gewesen, die — weil es um die Ehre etwas Gigantisches war. Des Königs Rod muß geschützt werden, sagte man, wenn ein Offizier gehen mußte, der sich nach dem Strafgesetzbuch richtete und eine Duellforderung ablehnte. Des Königs Rod, hieß sehr, soweit er nicht etwa von einem gewöhnlichen Mufkto getragen wurde. Wie das mit der Standesehre in Herrn Roders Reichswehr heute gehandhabt wird, weiß ich nicht. Die alten Reden hauchen jedenfalls noch wilhelmischen Geist und besitzen stolz zwei Ehren. Denn das ist das Feine, auch wenn der Beruf aufgegeben ist, lebt zweierlei kräftig fort: der Titel und die Standesehre.

Es gibt auch Menschen mit drei Ehren. Sind das überhaupt noch Menschen oder nicht vielleicht schon Götter? J. B. Ludendorff. Eine hochwohlthätige Königsberger Fakultät hat ihm wegen seiner Verdienste um das deutsche Volk befehlentlich ehrenhalber den Doctor medicinae verliehen. Herr Dr. med. Ludendorff ist somit in der angenehmen Lage, mit drei Ehren aufwarten zu können, der persönlichen, der offizierlichen und der ärztlichen. Halt, nein, die Rang-

ordnung ist falsch. Es muß heißen: der ärztlichen, der persönlichen Ehre und der Standesehre des Offiziers.

Das Berliner Stadtparlament, dessen bürgerliche Mehrheit die sozialistische Wirtschaft befeitigen wird, will das Wichtigste vorweg nehmen: die Oberlehrer sollen auch eine Standesehre erhalten. Utis.

Frei Klatt: „Die schöpferische Pause“ (Verlag Eugen Diederichs, Jena). Ein pädagogisches Buch von seltener Zartheit und Unmittelbarkeit der Empfindung. Mit mütterlichem Instinkt Erkanntes aus weiblich-mütterlicher Liebeswahrheit ertönt, in philosophisch-didaktische Form gebannt. Jarte, weisse Pädagogik vor dem Hintergrunde einer Naturphilosophie.

Mit frommen, ehrfürchtigen Händen wird der werdende Mensch von der Geburt zur Höhe des Lebens geleitet, dem Tod entgegen, einem Tod, der das Antlitz des griechischen Gottes trägt.

Das Ziel ist für alle dasselbe: tätige Gemeinschaft in Schlichtheit und Wahrhaftigkeit, der Weg für jeden bestimmt und bezeichnet durch den eingeborenen Rhythmus seiner inneren Schwingungen, der Blut, der Atem, der Tages- und Jahreschwungung bis hinauf zum hohen Bogen der Lebensspannen. Aus all diesem Emporspringen immer wieder hinabtauchen in die dunkle Kuheloge, in die letzte Tiefe des eigenen Wesens, in der Ruhe zu verhören, bis die Zeit zu neuem Aufstiege reif ist, diese schöpferische Pause, in der alles Wesenhafte sich bildet, nicht gewalttätig, krampfhaft zu verlernen, lehrt Frei Klatt als notwendige Lebensgrundlage für Mensch und Gemeinschaft. Er sucht zu zeigen, wie aus dem Ueberreinen dieser Pausen Krampf und Gier, leere Scheinkultur, Herrschaft der Dinge über den Menschen und das ganze haltlose Gebäude der europäischen Zivilisation entstand.

Seine Worte über das zu frühe Lesen- und Schreiblernen, über die Leben vernichtende Wirkung des erstarrenen Werts, über das Wesen der Kindesseele sollten allen Lehrern und Erziehern, allen Eltern und Kultusministern mit leuchtenden Buchstaben ins Herz geschrieben werden.

Mit der Weltanschauung, die sich in den pädagogischen Lehren und den Lebenserkenntnissen offenbart, möchte man sich sehr kritisch auseinandersetzen, wenn sie als Erstem und Dogmatik austräte. Doch dies tut sie nicht. Sie will nichts sein als „ein Gewand, das unsagbare leibte Worte umhüllt“. Und nun wollen wir dieses Gewand denkbar blanken und aus eigenem hinzunehmen, was wir etwa daran vermiffen sollten.

Daß es diesem jungen Pädagogen gelungen ist, eine stille Wirkungskraft an der Dstsee zu gründen, ist im Interesse der deutschen Jugenderziehung zu begrüßen. Berta Last.

Schiller-Theater: „Die Schmetterlingsflucht“ von Sudermann. Die Schmetterlingsflucht, das in Aufstieg und Charakteristik gerundete der größeren Stücke Sudermanns, in dem die Kehrseite seiner eigenartigen dramatischen Begabung, der Hang zum Theatralischen, kaum irrendmäßig föhrend her vortritt bewährte in der Neuaufführung seine alte Schloßkraft. Man spürte deutlich die interessierte Anteilnahme des Publikums. Aus jener Zeit der neunziger Jahre

stammend, in der noch Hauptmanns Durchbruch der junge Naturalismus verheißungsvolle Fruchtbarkeit einfaltete und eine neue Bühnenära einzuleiten schien, zeichnet das Werkchen einen Kreis klar und scharf gezeichener Figuren, in deren Kontrastierung und wechselseitigen Beziehungen zugleich soziale Hintergründe anschaulich zur Erscheinung kommen. Eine Komödie von volkstümlichem Charakter, die in diesem ihren besonderen Genre im Verkauf der mehr als fünfzigwanzig Jahre, die seither verfloffen, noch nicht überboten wurde.

Kleiner, der famos entworfene Typus eines ariftenen Reiseankers, der mit den Gaben seines schnodderigen Mutterwieses die Mädchenbergen bezauert, kam in der Darstellung durch Alfred Brau n höchst füllgerecht heraus. Die Rolle soll ihm wie angefallen: Tonfall und Miene gab jeder Pointe noch erhöhte Resonanz. Man empfand die nie verlegende Unerschämtheit des Burschen, wie etwa sein Chef der alte Winkelmann, mit einer Art von widerwillig sympathisierender Bewunderung. Herr Kaufmann, der den arisgrämigen, zänkisch fordenierenden Alten spielte, hatte namentlich im letzten Akte vorzügliche Momente. Auch die Geespartei: die Frau Steuerinspektorswitze und ihre heiratstüchtigen Töchter waren durch Jonny Wolff, Sella Jdlis, Gusti Bed er sehr ansprechend vertreten. Wirklich wirkte Käftlins dummstiller Apothekerlehrling als Jubelhor des kleinbürgerlichen Heims. Nur die, freilich auch im Letzte selber recht unanfahbare Rolle des jungen Winkelmann blieb hinter dem übrigen Akteun zurück. H.

Musikerkunden. Am Bechen Saal des Schloßraums sind bis Ende Dezember die neuesten Arbeiten der Reichsruher Majolika-Manufaktur ausgestellt. Zweckmäßige Einzelschöpfungen von Prof. Max Linger. Die Ausstellung „Zurück und Vor“ im Kunstgewerbe-Museum, Prinz-Albrecht-Strasse, bleibt auch am Latensonntag geöffnet.

Zu der Volkshöhne beginnt die Erbauung von Ghaßparks „König Oscar“ heute bereits am 67. Utr.

Spiel und Sport im Kilm. Die Urania wird ein kombiniertes Programm von Sportfilmen am 18. u. 21. Nov. vorführen. Es werden gezeigt werden: Turnen, Tennis, Wasserport, Fußball, Hockey, Leichtathletik und Herdelport.

Gauvinnmann-Zyklus für Oesterreich. Gerhart Hauptmann hat aus dem Gedächtnis seiner Vorstellungen in Wien 150 000 Kronen für die Wohlschreibermitteln der Universität und 50 000 Kronen für den Verein Kinderpflege bestimmt.

Alter Bergbau — neueste Mode. In Preien primitiver Kufmanns hat man bei vielen Wätern Urminerale unter den Fundamenten von Gebäuden begraben, die Segen bringen oder Böles abwenden sollten. Heute ist man glücklicher geworden: in Brau n hat man von Verbin überandte Erde in das Rosenerne des Reiches feierlich vermauert. Den Bitterkeit, dieses glückliche aller Uebel, hat man leider nicht einemant noch bebaut. Er soll im Gegenteil durch dieses Symbol am Leben gehalten werden.

Das Stabgebild. Die gewaltige Tenierung von Gold und Silber hat zur Verwendung von Stahl in der schändlichen Technik geführt. Von nicht veränderlicher Chromstahl wird neuerdings zur Herstellung von Beschäftigten, von Geschäften und von Panzern hergestellt. Die Stabgebilde sind viertel so hart wie die Goldgebilde. Ueber ihre Wirkung in der Praxis liegen bisher Erfahrungen nicht vor.

Löbe über die politische Lage.

Dreslau, 17. November. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei Mittelschlesiens hielt gestern der Reichstagspräsident, Genosse Löbe, das Referat über die politische Lage. Löbe führte u. a. aus:

Die parteipolitische Entwicklung in der letzten Zeit zeige eine gleichzeitige Stärkung der Sozialdemokratischen Partei innerhalb der arbeitenden Klassen und der Deutschnationalen innerhalb des Bürgertums. Bei der letzten Regierungskrise sei eine Kabinettsbildung mit Einschluß der Unabhängigen nur an der Voreingenommenheit unserer bürgerlichen Koalitionsgenossen gescheitert. Die Kommunisten rückten mit ihren Proklamationen allmählich immer mehr in die Gefolgschaft der alten Sozialdemokratie und propagieren jetzt bereits als Hauptforderung die von unserem Genossen Schmidt vorgesehene Erfassung der Goldwerte. Die Stärkung der nationalistischen Tendenzen sei eine Folge der feindseligen Entscheidungen gegen Deutschland, wie das Genfer Diktat und Maßnahmen wie die des Generals Rollet gegen die Deutschen Werke, die den Chauvinismus bis weit in die Kreise der Arbeiterschaft hineintrügen.

Unsere Finanznot würde nur durch eine internationale Währungsregelung und Abänderung unserer Verpflichtungen ein Ende finden. Schon die jetzige Reise der Reparationskommission würde entweder mit einem Zahlungsausschub Deutschlands enden oder aber mit der Einführung der Finanzkontrolle, die uns in die Rolle der Türkei oder Ägyptens herabdrücken würde. Dann würden alle diejenigen Maßnahmen durchgeführt werden, die wir aus freiem Willen nicht getroffen haben, nur würden sie, jeden sozialen Charakters entkleidet, allein die kapitalistischen Gesichtspunkte der ausländischen Gläubiger zur Geltung bringen. Auch Zugriffe auf das Privateigentum und Sicherheitsleistungen an öffentlichem und privatem Eigentum würden kaum abzuwenden sein. Gegen diese Drohungen stellen die jetzt vorliegenden

Steuervorschläge ein so unzureichendes Hilfsmittel

dar, daß die Sozialdemokratie sie ablehnen muß, wenn nicht gleichzeitig der Zugriff auf die Gold- und Sachwerte erfolge. Die bisherige Belastung des deutschen Volkes durch die Kriegssorgen ruhe infolge der niedrigen Saluta in erster Linie auf der Arbeiterklasse, während der Besitz sich ihm zu entziehen verstände. Da die Steuerrede des Volksparteilers Dr. Becker gegen die Erfassung der Sachwerte nicht anders gelautet hätte als Erklärungen Stresemanns in den Verhandlungen zwischen den Parteiführern, sei jedes Zusammengehen mit der Volkspartei im Reiche unmöglich. Die Privatisierung der Eisenbahn sei die schärfste Herausforderung, vor allem, weil die Ausgaben für Personalzwecke bei der Eisenbahn seit der Vorkriegszeit nur um etwa das 11fache stiegen, während die Ausgaben für Material um das 16fache erhöht wurden; also nicht die Gehälter und Löhne, sondern

Der Wucher der Stahlwerke und Kohlengruben

verteuere die Eisenbahnwirtschaft. Ihm müsse durch Sozialisierung der Schwerindustrie endlich ein Ende gemacht werden. Im anderen Falle sei unser Platz fortan auf den Bänken der Opposition. Mögen denn die nationalistischen Elemente einmal vier Wochen lang die Probe aufs Exempel ihrer Agitationspolitik machen.

Zusammenfassend verlangte Löbe Stundung und Milderung der Verpflichtungen von Versailles, London und Genf, Umwandlung der Zahlungsverpflichtungen möglichst in Sachleistungen, was durch Dr. Rathenau's Ausscheiden leider sehr erschwert würde, Milderung der Druckpolitik des Auslandes, wie sie sich im Vorgehen gegen die Deutschen Werke und den Einspruch gegen den Anschluß Deutschlands nach zeigte, Monopolisierung der Rohstoffindustrie durch den Staat und Erfassung der Sach- und Goldwerte.

Nur wer uns in diesen Forderungen zustimmt, könne ein Weggenosse der Deutschen Sozialdemokratie in den nächsten Kämpfen sein.

Die Parteiumbildung in Oberschlesien.

Königsbrunn, 17. November. (D.M.) Im hiesigen Gewerkschaftshaus hat eine große Parteikonferenz der Sozialdemokratischen Partei des abzutretenden Gebietes stattgefunden. Als Ergebnis dieser Konferenz ist zu berichten, daß sich die Sozialdemokratie als politische Partei für die Zukunft vollste Bewegungsfreiheit sichert und sich nur noch rein sozialistischen Gesichtspunkten orientieren wird. Sie lehnt die politische Vereinigung mit irgendjemand nicht sozialistischen Partei ab, will sich dagegen wohl an den deutschen Kulturbestrebungen beteiligen. Es kommt nur ein Anschluß an solche sozialistische Parteien des polnischen Staatsgebietes in Frage, die international orientiert sind. Das sind die Sozialdemokratische Partei Polens mit Sitz in Bromberg (deutsch), die Sozialdemokratische Partei des Teschen-Bielitzer Gebietes (deutsch) und die polnische sozialistische Partei Oberschlesiens, nicht aber die Sozialdemokratische Partei Kongresspolens, die sogenannte PPS. Der Name der neuen Partei wird lauten „Sozialdemokratische Partei für Polnisch-Schlesien“. Ihre Hauptaufgabe wird sein, für die gesetzliche Sicherung des Koalitionsrechtes sowie aller Rechte der Arbeiterklasse zu kämpfen und des deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages anzukämpfen. Ob des bisherigen Parteiverganges, der „Volkswille“, der in Katowitz erscheint, im abzutretenden Gebiete verbleiben wird, konnte noch nicht mit Bestimmtheit gesagt werden. Sollte er bleiben, so wird für das deutsche Gebiet eine neue Zeitung zu gründen sein.

Sivina, der Ueberpatriot.

Katowitz, 17. November. (D.M.) Der Verkauf des Sivina-Verlages, in welchem zwei anscheinlich deutsche Zeitungen erschienen, an die Polen hält die Gemüter der Deutschen im abzutretenden Gebiet noch sehr in Erregung. Um so mehr, als sich der Verleger, der Berliner Vertriebsnehmer Karl Sivina, bisher als extremer Deutschnationaler und Hyperpatriot gebürdet. Der „Oberschlesische Kurier“ erinnert daran, wie während des Krieges Sivina sich damit brüstete, daß seine Zeitung im Pfefferhauptquartier als einzige ober-schlesische Zeitung vom Kaiser gelesen würde. Ueber die Zukunft des Verlages schreibt der „Volkswille“, es soll eine polnische Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 50 Millionen Mark gebildet werden. Der jetzige Druckbetrieb soll bedeutend ausgebaut werden.

Internationaler Landarbeiterchutz.

Genf, 16. November. (D.M.) Die, am nachmittag stimmte die Internationale Arbeiterkonferenz folgenden vier Empfehlungen der Landwirtschaftlichen Kommission zu: 1. Nachtarbeit der Frauen: Tägliche Ruhe von mindestens 9 Stunden, wenn möglich aufeinanderfolgend. 2. Nachtarbeit der Kinder und Halbblutigen: Tägliche Ruhezeit von mindestens 10 aufeinanderfolgenden Stunden für Kinder von 12 bis 14 Jahren und von mindestens 9 aufeinanderfolgenden Stunden für junge Leute von 14 bis 18 Jahren. 3. Schutz der Mütter: Befreiung der Zeit vor und nach der Niederkunft, während welcher

die Frauen nicht zur Arbeit herangezogen werden dürfen, und Festsetzung einer Entschädigung während dieser Zeit. 4. Unterkunft und Schlafräume der landwirtschaftlichen Arbeiter.

Streik-Ende in der Reichsversicherungsanstalt

Im überfüllten großen Saal der „Kammersäle“ wurde heute das Ende des Streiks bei der Reichsversicherungsanstalt bekanntgegeben. Es ist erreicht, daß die Besoldungsordnung für die Reichs- und Staatsbeamten auch auf die Angestellten der Reichsversicherungsanstalt Anwendung findet. Für die Gruppe 1 beträgt die Erhöhung des Gehalts ungefähr 10 Proz. durchschnittlich, für die Gruppe 2 etwa 14 bis 16 Proz., Gruppe 3 etwa 25 Proz. und für die mittleren Gruppen ungefähr 35 bis 45 Proz. Die höchste Gruppe (18) erhält eine Zulage von ungefähr 102 bis 108 Proz. Morgen früh um 8 Uhr wird die Arbeit wieder aufgenommen.

Lehrauftrag für einen Pressekorrespondenten. Der Regierungsrat im Auswärtigen Amt und Referent in der Presseabteilung der Reichsregierung, Dr. Oswald Schneider, ist von der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kiel im laufenden Semester mit einem Lehrauftrag für Wirtschaftswissenschaften, Finanzwissenschaft und Nachrichtenwesen beauftragt worden.

Groß-Berlin

Booth, der General der Hüßer.

Eine der Hauptattraktionen des an Attraktionen so armen grämlichen Bußtags war General Bramwell Booth. Die Heilsarmee machte rührig Reklame, sie verhielt Einladungsarten „Ew. Hochwohlgebornen“ usw.

Vom Tempel herab flatterte ein großes Transparent, das schreckhafte Leute werden ließ, während sich die Anhänger zu Strahlenzügen mit Fahnen und viel Musik zusammengesunden hatten. Der Tempel Dresdener Straße 34/35 macht einen freundlichen Eindruck. Er ist mit Teppichen belegt, Stutzpflanzen zieren ihn und unter der Kuppel schweben ein paar gemalte, leichte Wölfe, die wohl den Blick der Menschen aufs Jenenseits richten sollen. Die Kapelle ist bunt angezogen und scheint ganz für den Zirkus bestimmt. General Booth verlegt ja auch die Versammlungen möglichst in den Zirkus oder in ein Theater, weil er meint, sich so auf das Empfinden der Völker einzustellen. Und die Schaulustigen kommen, durch die auffälligen Farben der Uniformen und das ganze Drum und Dran, auf ihre Kosten.

Der weißhaarige General Bramwell Booth, werdend als Redner, hat viel von seinem Vater, dem Gründer der Heilsarmee, der ein hervorragender Redner und Organisator allergrößten Formates war. Bramwell Booth hat das typische Engländergestalt. Wenn er spricht, merkt man, daß er überzeugen will, und seine illustrierenden, unterstreichenden Handbewegungen verraten, daß er viel vor Menschen redet, die seine Sprache nicht kennen. Er spricht englisch und sein Dolmetscher ist sehr genau, er überseht worgeten, ja, er ist so peinlich, daß er sogar ganze Sätze übernimmt. „Herr, reite Seelen“ und „die Reinigung ist das Mittel gegen Neuz“ ist der bekannte Inhalt der Heilsarmeeversammlungen. Di. Heilsarmeedaten erkriegen nicht in Ehrfurcht vor sich selbst „g o o n“ sagt z. B. der General, gibt seinem Dolmetscher einen freundschaftlichen Kruss und dann tritt ein anderes Paar auf.

Interessant waren die Ausführungen einer Majorin, die aus Rußland zurückgekehrt war! Die Heilsarmee ist bekanntlich keine Pflanzstätte für Völkerverhöhn, sondern kosmopolitisch. Ihre Schilderungen — sie streift mit keinem Wort die Politik — strafen alle die furchtbaren Vögel, die jemals von dem Sowjet-Paradies Rußland kamen. Zum Schluß redete Booth sich dann noch einmal auf, um die Sünder nach der Bußbahn zu ziehen. Er hatte auch Erfolg, aber die großen Sünder, denen die Einkehr wirklich nötig tut, waren nicht darunter. Die betrügen, schieben und wuchern lustig weiter, weil dieses Geschäft gar zu einträglich ist.

Man „renoviert“.

Wie ein Versorgungslazarett sein Personal los wird.

Die vielen infolge des Krieges entstandenen Lazarette waren selbstverständlich nur als vorübergehende Einrichtungen gedacht. Gewiß wird manche dieser Stätten grauenhaften Elendes, das der Krieg gebracht hat, noch Jahrzehnte hindurch weiterbestehen. Aber aus dem erfolgreichen oder nur zu oft leider erfolglosen Abschluß der Heilbehandlung von Verwundeten und Verstümmelten mußte sich doch ein allmählicher Abbau der meisten Lazarette ergeben.

Solche Maßnahmen verursachen begreiflicherweise fast immer eine starke Aufregung bei den Patienten, die noch in dem abzubauenden Lazarett sind, und mehr noch bei dem Personal, das sich von einem Verlust der Existenz bedroht sieht. Den Kampf um das Schlachthaus in Charlottenburg, der noch in feierlicher Erinnerung ist, führten die Patienten mit großer Erbitterung, weil sie Grund zu der Annahme hatten, daß man durch Schließung dieser Heilstätte die un bequem gewordenen Patienten los werden wollte. Das Versorgungslazarett in Spandau, in dem noch behandelungsbedürftige Kriegsbeschädigte liegen, ist jetzt der Schauplatz eines ähnlichen Konfliktes, weil das gesamte Personal die Kündigung zum 31. Dezember 1921 erhalten hat mit der Begründung, daß zu diesem Zeitpunkt die Schließung erfolgen wird.

Geschlossen werden soll das Spandauer Versorgungslazarett nur als solches. Es soll aber nach einer Verfügung des Reichsarbeitsministers, dem das ganze Versorgungswesen untersteht, vom nächsten Jahre ab als „dauernd beizubehaltendes Beobachtungs-lazarett“ eingerichtet werden. Das erfordert eine Umstellung des Betriebes, bei der ein beträchtlicher Teil des Personals entbehrlich wird. Warum aber hat das gesamte Personal die Kündigung erhalten? Sie ist, wie wohl auch der Reichsarbeitsminister begreifen wird, in dieser Zeit ein harter Schlag. Das Personal befreit, daß die notwendige Umstellung des Betriebes nur bei einwilliger Schließung der Anstalt möglich sei. Begründet wird die Schließung mit häuslichen Veränderungen, mit einer „Renovierung“. Wenn aber eine solche nötig ist, so kann sie bei einem guten Willen auch ohne Schließung ausgeführt werden. Die Anstalt ist jetzt mit nur 80—90 Kriegsbeschädigten besetzt, während sie 200—250 Patienten aufnehmen könnte. Ganze Blöcke stehen leer und harren der „Renovierung“, die hier unter Aufrechterhaltung des wenig umfangreichen Anstaltsbetriebes möglich wäre. Das ist übrigens auch die Meinung des Reichsvermögensamtes, das in einer Zeitschrift über die Erneuerungsarbeiten betont hat, daß ohne Störung des Betriebes die jetzt unvollständig besetzten Blöcke nacheinander fertiggestellt werden können.

Das Personal glaubt zu wissen, warum an ausländischer Stelle die einwillige Betriebsstilllegung für nötig gehalten wird. Beabsichtigt soll sein, auch das Personal sozusagen zu „renovieren“. Der Hauptzweck sei, die Leute los zu werden, nicht nur die infolge der Umstellung überflüssig gewordenen, sondern alle. Bei Umstellung des Versorgungslazarettes in ein dauernd beizubehaltendes Beobachtungs-lazarett will man, wird behauptet, die bisherigen Angestellten und Lohnempfänger durch Beamte und Brantennwärter ersetzen. Die Umstellungs- und Renovierungs-idee sei ein willkommener Anlaß, das gesamte Personal auf die Straße zu werfen.

Verfuge, eine Zurücknahme dieser Maßregel zu erreichen, die bei dem Personal große Erregung hervorgerufen hat, sind bisher

erfolgslos geblieben. Der Schlichtungsausschuß hat entschieden, daß das Hauptversorgungsamt der Provinz Brandenburg sich mit dem Bezirksbetriebsrat der brandenburgischen Versorgungsbehörden in Verbindung setzen möchte. Aber im Hauptversorgungsamt, dessen Personalreferent ein deutschnationaler Medizinalrat Dr. Brodmann ist, will man nichts davon hören, daß wegen der Entlassung der Bezirksbetriebsräte mitzureden habe. Daß dieser beiseite geschoben wird, sollte der Reichsarbeitsminister zulassen? Wir möchten das noch nicht glauben.

Schwer wurde die Schließung der Anstalt auch die jetzt noch in ihr untergebrachten Kriegsbeschädigten treffen. Nach all den Lazarettaufenthalten im Bereich des Hauptversorgungsamts Brandenburg haben sich in dem Spandauer Versorgungs-lazarett viele Schwerverranke angesammelt, die dorthin überwiesen wurden. Unter ihnen steht man Leute, die völlig gelähmt sind. Das könnte ein trauriger Umzug werden!

Der Tod in der Einsamkeit.

Ein Mordgerücht erregte am Vuhstag abend in Moabit große Aufregung. In der Leber Straße sollte eine einsam wohnende Greisin ermordet und beraubt worden sein. In dem Hause 26a wohnte seit 7 Jahren die 78 Jahre alte Rentnerin Marie Wendisch. Man hatte sie seit Montag im Hause nicht mehr gesehen. Als man sie tot in der Wohnung fand, gab das Veranlassung, den Nordberichtsdiensdienst der Kriminalpolizei herbeizurufen. Die Ortsbesichtigung ergab zunächst ein Bild, das auf einen Mord schließen ließ. Die Greisin lag in voller Kleidung auf einem Kuchstuhl. Aus einer Kopfwunde war Blut herausgerieft, dessen Spur von dem Stuhl bis auf den Wohnungstür führte. Es schien also, daß die alte Frau auf dem Flur erschlagen, und daß die Leiche nach dem Wohnzimmer getragen worden sei. Hierzu kam, daß zwei Vorzimmer mit Gas angefüllt waren; das, in dem die Leiche lag, und ein Neben-zimmer. Gegen ein Verbrechen sprach jedoch der Umstand, daß in der Wohnung nichts berührt und alles in Ordnung war. Die Untersuchung der Leiche durch den Gerichtsarzt Professor Dr. Strauch befestigte denn auch den Verdacht. Es ergab, daß die Greisin wahrscheinlich infolge der Kopfverletzung gestorben und daß diese von einem Unfall herrührte. Die alte Frau ist allem Anschein nach auf dem glatten Linoleumbelag des Flures ausgeglitten und hat sich dabei die stark blutende Verletzung zugezogen. Mit dem Tode hat sich das Blut abtropfend, hat sie sich nach dem Wohnzimmer geschleppt, hier auch noch versucht, die Gaslampe anzuzünden, was aber nicht mehr zustande gebracht. Das aufblühende Leichentuch hatte sie noch in die Hufe gesteckt. Nach Aufnahme des Befundes und Besichtigung der Toten wurde die Leiche beghlagnahmt und nach Feststellung der Todesursache nach dem Schauhaufe gebracht.

Neuregelung bei der Brennkosten-Einzählung.

Zur Vereinfachung der städtischen Verwaltung besteht gutem Vernehmen nach die Absicht, die Kosten für den Verbrauch von Gas und elektrischem Strom nicht mehr von besonderen Kassierern, sondern von den Angestellten, die den Gas- und Stromverbrauch messen, einzuziehen zu lassen. Die Kassierer, die zum Teil schon lange Jahre in ihrer Stellung sind, rechnen mit der baldigen Kündigung. Die geplante Maßnahme erscheint, abgesehen von der sozialen Seite, nicht unbedenklich. Die bisherigen Kassierer bleiben stets vor der Wohnungstür und sind dadurch gegen Ueberfälle geschützt. Die Messer dagegen müssen in jedem Falle die Wohnung betreten und haben dann mitunter viel bereits einlassiertes Geld bei sich. Also müßte wohl, wenn die Verwaltung ihre Angestellten gegen Ueberfälle schützen will, Messung und Geldentziehung zeitlich doch wieder getrennt werden, wodurch kaum eine erhebliche Ersparnis erzielt werden dürfte.

Die Stadtverordnetenversammlung wird von der Stadtratsordnungsverwaltung heute nachfragen. Stadtratsordneter Dr. Scholz, Mitglied der Deutschen Volkspartei, hat auf seine Kandidatur verzichtet. Die Unterstützung nur durch bürgerliche Parteien genügt ihm nicht. Als bürgerlicher Kandidat ist jetzt Stadtratsordneter Dr. Caspari, Mitglied der Deutschen Volkspartei, aufgestellt worden. Nach demokratischen Grundfragen und parlamentarischem Brauch hat die stärkste Fraktion den Vorschlag des ersten Vorkessers zu beantragen. Die Sozialdemokratische Fraktion, jetzt die stärkste in der Stadtverordnetenversammlung, hat den Genossen Franz Krüger als Kandidaten aufgestellt.

Nach dem „Zentralblatt“ am Bahnhof Friedrichstraße wurde gestern nachmittag die Berliner Feuerwehr gerufen. Dort brannte ein Wohnwagen der Schienenbahn; Belohn und Kleider wurden dabei vernichtet. Es gelang, die Flammen schnell zu löschen und jede Gefahr zu beseitigen. — In der Ecke der Prinz-Albrecht- und Königgräber Straße brannte ein Automobil total. Die Fahrgäste und der Wagenführer kamen mit dem Schwere davon. — Außerdem wurden zahlreiche kleine Brände aus allen Stadtbezirken gemeldet.

Frau Leoy-Rathenau, demokratische Stadträtin im Verwaltungsbezirk Tiergarten, ist gestorben. Sie war weiteren Kreisen dadurch bekanntgeworden, daß sie für die Frauen eine Berufsberatung schuf, die später Vorbild für die Berufsberatung der Stadt wurde. Bei Kriegsausbruch gründete sie zusammen mit Gertrud Bäumer den „Nationalen Frauendienst“, an dessen Arbeit auch sozialdemokratische Frauen unter Führung von Luise Zieg (die jetzt bei den Unabhängigen steht) sich beteiligten.

Für vereinfachte Anträge auf Erlaß von Zahlungsbefehlen hat der Reichliche Richterverein, Bezirksverband Groß-Berlin, eine neue Form geschaffen, die sich grundlegend von den vielen meist verunglückten Versuchen, Abnahmeformulare einzuführen, unterscheidet. Er hat ein Formular entworfen, das lediglich vom Geschworenen zu datieren und zu unterschreiben ist. Dieses wird auf der in gewohnter Weise ausgestellten Rechnung befestigt, die dadurch den Charakter eines Rechnungsbefehles erhält. Das Publikum hat sich also nicht einem Formular anzupassen; es wird vielmehr der von der Zivilprokuratorat vorgezeichnete Formzettel den Gewohnten des Publikums angepaßt. Die neuen Formulare sind im Verlag Ferd. Köhler, Berlin N. 89, erschienen.

In den amtllichen Fleischverkaufsstellen des 20. Verwaltungsbezirks, Reinickendorf-Ost, Residenzstr. 181, Reinickendorf-West, Köpenicker Str. 3, Tegeler, Schönberger Str. 63, und Tegeler, Bahnhofstr. 67, gelangt in dieser Woche billiges Schweinefleisch zu nachstehenden Preisen zum Verkauf: Saug 20 M., Kotelett, Hamm und Schuft 17.50 M., Schinken ohne Bein und Wade 16.50 M., Kopf und Beine 9 M., Rückenstück und Linsen 24 M.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig kälter, zeitweise etwas aufklarend, überwiegend trübe und neblig, ohne erhebliche Niederschläge, leichte westliche bis nordöstliche Winde.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

128. Mt. Sonntag, Morgen, Freitag, den 18. November, 7 Uhr bei Pallas, Wilhelmstraße 45. Mitgliederversammlung der 92. Verkaufsstelle des Konsumgenossenschaft.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Und der Arbeiterverein (Verein Sozialer Arbeiter). Heute abend 8 Uhr in der Villa des Herrn Großschäfer Straße. Werbe-Versammlung des Arbeitervereins gegen die Sozialdemokratie mit anschließender Rede von Herrn. Vorstand Herr Zieg, Kolonnen Str. 16. 1. Verein der Hausfrauen zu Gr. Berlin. Jeden Freitag abends 8 Uhr: Stammtisch im Restaurant „Belvedere“ an der Sonnenbühlstraße. Gäste und Landbesitzer willkommen.

Gewerkschaftsbewegung

Zur Aussperrung in der RAG.

Die Vorgänge in der Nationalen Automobilgesellschaft schildert ein uns nächstehendes Mitglied des Betriebsrats wie folgt:
Am Montag, den 7. November, waren Betriebsversammlungen der Arbeiter und Angestellten, die einstimmig dem Betriebsrat auftrugen, einen Antrag auf Gewährung einer Wirtschaftshilfe bei der Direktion zu stellen. Ein Angestellter des Metallarbeiterverbandes wohnte der Versammlung der Arbeiter bei. Am Donnerstag, den 10. und am Sonnabend, den 12. November, wurde mit der Direktion verhandelt. Die Direktion erkannte wohl die Notlage der Belegschaft an, lehnte aber den Antrag rundweg ab. Der Funktionärkonferenz wurde nun der ablehnende Bescheid der Firma unterbreitet. Der Referent legte den Ernst der Situation dar und warnte im Hinblick auf den laufenden Tarifvertrag vor unüberlegten Schritten.

In der Diskussion wurde über die Notlage der Arbeiter und Angestellten in ergreifender Weise gesprochen, gegenüber den Riesengewinnen, die jetzt unsere Firma einheimst. Monatliche Reingewinne von etwa 7 Millionen Mark sind keine Seltenheit. Im Hinblick hierauf wurde beschlossen, der Belegschaft anheimzustellen, von Montag, den 14. November, 9 Uhr morgens, passive Resistenz zu üben. Und zwar so lange, bis die Direktion mit dem Ersuchen um Verhandlungen an den Betriebsrat herantritt. Um 10 Uhr trafen Vertreter der RAG und des Metallarbeiterverbandes im Betriebe ein und machten die Mitteilung vom dem Ultimatum. Die sofort einberufene Betriebsversammlung nahm einen Bericht des Betriebsrats über den Stand der Bewegung entgegen und wurde vom dem Ultimatum in Kenntnis gesetzt. Die Organisationsvertreter ließen noch einmal ihre warnende Stimme ertönen. Es wurde beschlossen, eine Urabstimmung sofort vorzunehmen. Zur Weiterführung der Bewegung wurde vom Betriebsrat eine Dreierliste-Mehrheit verlangt. Das Resultat der Abstimmung war, daß sich nahezu eine Vierfünftel-Majorität für die Weiterführung der Bewegung entschied. Am Dienstag früh war das Werk geschlossen.

Diese Bewegung ist aus der schrecklichen Not entstanden, in der sich die Arbeiter und Angestellten befinden. Die gewaltige Steigerung aller Lebens- und Bedarfsartikel (die Margarine kostet jetzt 42 M. das Pfund) machte alle Tarifverträge zu nichts, und verlangt sofortige Hilfe, sofortiges Eingreifen der maßgebenden Kreise. Die Riesengewinne der Industriebetriebe müssen unbedingt der Allgemeinheit zugute kommen, denn der Arbeiter hat ein Recht darauf, angemessen leben zu können.

Diese sachliche Darstellung des Verlaufs der Dinge gibt zu denken. Not bricht Eisen! Die Idee der Forderung einer Wirtschaftshilfe konnte nur aufkommen bei der großen Notlage auf der einen, den Riesengewinnen auf der anderen Seite. Muß man auch die Forderung solcher Wirtschaftshilfen prinzipiell ablehnend gegenüberstehen, schon aus dem einfachen Grunde, weil sie nicht von allen Betrieben gegeben werden könnten und es schließlich auf diesem Wege kein Halt mehr gibt, muß man weiter den Betriebsräten das Recht absprechen, Lohnbewegungen auf eigene Faust, betriebsweise zu führen, so müssen wir uns denn doch darüber klar sein, daß es so wie bisher einfach nicht mehr weitergeht, wenn nicht die Verzweiflung Oberhand gewinnen und alle Dämme einbrechen soll. Es muß etwas geschehen und es muß schleunigst eingegriffen werden. Die Zentralarbeitsgemeinschaft und die Gewerkschaften müssen sich von den Dingen unermüdet Stellung nehmen. Ein Ausweg muß gesucht und gefunden werden. Eine gründliche Herabsetzung der Lebensmittelpreise, wobei eine sofortige Unterbindung der Wucherpreise für Kartoffeln, Margarine usw., müßte unverzüglich einsetzen und bis es dazu gekommen ist, muß den Arbeitern soviel Geld gegeben werden, um die allernotwendigsten Anwendungen für den Lebensunterhalt zu bestreiten. Rag hier und da kommunistische Agitation mit im Spiele sein, so ist es doch nichts anderes, als die brutale Not, die zu solch ungewöhnlichen Erscheinungen führt.

Die Verhandlungen haben zu einer gewissen Verständigung zwischen den Angestellten und den Arbeitgebern geführt. Bei der Nationalen Automobilgesellschaft in Oberschöneweide haben heute

morgen die Angestellten zum Teil ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Dagegen ist mit den Arbeitern bisher ein Uebereinkommen nicht getroffen worden. Die Aussperrung bei der RAG dauert nach wie vor an und inzwischen hat sich die Bewegung auch auf andere Firmen, wie auf den Siemens-Konzern, Benzwerke, mehrere Tempelhafer Firmen und auf die Knorr-Bremse ausgedehnt, wo die Arbeiter demonstrierend vor das Direktionsgebäude zogen. In den genannten Firmen wurde passive Resistenz ausgetübt. Der Metallarbeiterverband hat mit den Leitungen der einzelnen Betriebe Verhandlungen aufgenommen, aber auch die Arbeiterenschaft darauf aufmerksam gemacht, daß ein Verharren in der passiven Resistenz als Tarifruch aufgefaßt werden wird. Infolgedessen gelang es bisher in allen Fällen, mit Ausnahme der RAG, den Konflikt zwischen den Arbeitnehmern und den Werkleitungen bis auf weiteres zu befeitigen.

Forderungen der Angestellten.

Die vom 3. bis 5. November d. J. in Rothenburg a. d. T. stattgefundenen Konferenz des Beirats und Hauptvorstandes des Zentralverbandes der Angestellten nahm in eingehender Weise Stellung zum Ausbau der Gewerbe- und Handelsaufsicht. Die Landesregierungen haben bis jetzt von dem ihnen zustehenden Recht, aus den Kreisen der Angestellten besondere Beamte zur Ueberwachung des Angestelltenstandes zu berufen, sehr wenig Gebrauch gemacht. In Uebereinstimmung mit der Hauptversammlung des Vereins deutscher Gewerbeaufsichtsbeamten wird deshalb die Forderung erhoben, die Gewerbeaufsichtsbezirke zu Gewerbe- und Handelsaufsichtsdistricten auszubauen. Für jeden Bezirk soll ein Handelsinspektor mit sozialer Hilfskräfte eingestellt werden, daß jeder Betrieb mindestens einmal im Jahre kontrolliert werden kann. Die Beamten sind den Reihen der Angestellten nach Vorschlägen der Organisationen zu entnehmen. Zur Ausübung der Aufsicht über die Beachtung der gesetzlich und tarifvertraglichen Schutzbestimmungen sollen den Beamten für ihre Tätigkeit alle amtlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden zustehen. Vom Reichsarbeitsministerium wird die Beschleunigung der Vorbereitungen zu einer reichsgesetzlichen Neuorganisation der Gewerbeaufsicht erwartet. Ihr Ausbau schafft erst die Voraussetzungen zur Verwirklichung des Artikels 157 der Reichsverfassung, der die Arbeitskraft dem besonderen Schutz des Reiches unterstellt.

Weiter beschäftigt man sich mit den bevorstehenden Wahlen zu den Vertreterkörperschaften der Angestelltenversicherung sowie mit der Reform dieser Versicherung. Protest wurde eingelegt gegen die von den wirtschaftsfeindlichen Angestelltenverbänden verübte weitere Verschleppung dieser Wahlen. In dem veröffentlichten Entwurf des Bureau für Sozialpolitik über eine Verwaltungsgemeinschaft zwischen Angestellten- und Invalidenversicherung erblickt die Sitzung insofern einen nennenswerten Fortschritt, als durch sie den versicherten Angestellten jährlich viele Millionen Mark Verwaltungskosten erspart würden.

Teuerungsforderung der Zinnungsschmiede.

Die bei Innungsmeistern beschäftigten Schmiede hörten in ihrer Versammlung am Dienstag den Bericht des Angestellten Steppuhn über die letzten Verhandlungen mit der Schmiedinnung, denen die Forderung einer Teuerungszulage von 80 Pf. pro Stunde zugrunde lag. Selbst diese behauptete Forderung wurde nicht anerkannt. Die Innung bewilligte nur gemäß dem Vorschlag ihres Vorstandes eine Zulage von 50 Pf. pro Stunde. Die Versammlung hatte nun über Ablehnung oder Annahme des geringen Zugeständnisses zu entscheiden. — In der Diskussion wurde bemängelt, daß schon die Forderung von 80 Pf. zu gering gewesen sei. Steppuhn erklärte, daß er diesmal so wenig gefordert habe in der Erwartung, daß die Innung davon nichts abhandeln werde. In dieser lehrstündlichen Erwartung sei er allerdings getäuscht worden. Mit Anregungen aus der Versammlung, zwar die 50 Pf. anzunehmen, aber angesichts des höchsten Hochschmelzens aller Lebensmittelpreise gleich wieder eine Teuerungszulage zu fordern, erklärte Rabner sein Einverständnis. Von Bedeutung sei dabei, daß die Innungsmeister inzwischen auch ihre Preise erhöht haben.

Nach weiterer Diskussion lehnte die Versammlung das Zugeständnis von 50 Pf. als zu gering ab. Dann beschloß man einstimmig, den Gesellenausfluß zu beantragen, mit der Innung in neue Verhandlungen zwecks Erreichung einer Teuerungszulage von 8 M. pro Stunde einzutreten.

Erhöhung der Vergarbeiterlöhne im Ruhrbezirk.

Die in den Berliner Verhandlungen bewilligte Lohn-erhöhung von durchschnittlich 20 M. pro Schicht wurde in der Verhandlung der Bezirksarbeitergemeinschaft am Montag für den Ruhrbezirk auf die einzelnen Arbeiterkategorien verteilt, wobei eine vollkommene Einigung erzielt wurde. Im einzelnen ergeben sich danach folgende Erhöhungen der Stundenlöhne: Für Hebertagearbeiter: 14 Jahre 0,55 M., 15 Jahre 0,55 M., 16 Jahre 1,25 M., 17 Jahre 1,75 M., 18 Jahre 2,45 M., 19 Jahre 3,15 M., 20 Jahre und darüber 3,70 M. Für Untertagearbeiter sind die Schichtlöhne um 10,50 M.

bei den 16-jährigen, 14 M. bei den 17-jährigen, 19 M. bei den 18-jährigen, 25 M. bei den 19-jährigen, 29 M. bei den 20-jährigen und den älteren Arbeitern erhöht worden. Die Gehaltserhöhung beträgt 29 M., wovon 15 M. auf den Grundlohn und 14 M. auf das eigentliche Gehalt entfallen sollen.

Der Streik in Saarbrücken beendet.

Eine sehr stark beschulte Versammlung der streikenden städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter hat nach mehrstündigen Verhandlungen gestern nachmittags beschloß, die Streikleitung zu beauftragen, unverzüglich neue Verhandlungen zwecks genauer Festlegung der Einkommensbezüge einzuleiten. Erst wenn ein klares Bild vorhanden sei, und auch die Nebenfragen befriedigend geregelt seien, könne die Arbeit wieder aufgenommen werden. Die Versammlung stand grundsätzlich auf dem Standpunkt der finanziellen Gleichstellung mit den staatlichen Beamten, Angestellten und Arbeitern des Saargebietes. In Anbetracht aller in Frage kommenden Umstände war die Versammlung jedoch bereit, auf der Grundlage der Tarifentlohnung für Angestellte, Arbeiter und Straßenbahner zu verhandeln. Noch gestern abend fanden neue Verhandlungen mit der Stadtverwaltung statt, als deren Ergebnis heute der Streik eingestellt worden ist.

Vorleserleser, Köchler, Koffermacher, sowie in der Seidenwarenbranche beschäftigte Buchbinder. Freitag, 1/2 Uhr bei Doerflinger, Weberstraße 17. Verhandlung mit dem neuen Lohnverhandlungen. Der Saal muß um 7 Uhr geräumt werden, darum pünktlich erscheinen!

Verband der Buchbinder und Papiererwerblicher. Freitag 7 Uhr im großen Saal des Generalkonsulats außerordentliche Generalkonferenz. Erhöhung der Beihilfen. Jeder Delegierte muß unbedingt erscheinen.

Wirtschaft

Die Aufträge der Eisenbahnen. Die Verzögerung der Eisenbahntransporte hat am Kartoffelmarkt bewirkt, daß die Nachfrage stark ansteigt, während das Angebot bei steigenden Preisen zurückblieb. So hat sie zweifellos einen Teil der Schuld an der Preissteigerung, wenn dadurch auch die Nachschärfen der Preistreiber in keiner Weise beschönigt werden. Es scheint nun, als ob die Organisation der Eisenbahnen noch sehr verjagt und daß nicht mit der nötigen Umsicht und sicheren Disposition verfahren wird. Man wird den Eindruck nicht los, daß die Eisenbahnverwaltung viel weniger für die Erneuerung des Materials sorgt, als notwendig wäre. Auf diesem Gebiet können wir unmöglich Erfolge machen. Wir haben im Frühjahr und Sommer unter einer großen Arbeitslosigkeit gelitten und fortgesetzt die Eisenbahnverwaltung gedrängt, sie möge größere Aufträge herausgeben. Das ist leider nicht in dem notwendigen Umfang geschehen und gegenwärtig klagen die Walzwerke und Klagen die Eisenindustrie, daß die Eisenbahnverwaltung mit großen Aufträgen herauskommt, die verständigerweise viel früher hätten in Auftrag gegeben werden sollen. Daß bei der gegenwärtigen Preissteigerung dieses Verfahren mit großen Verlusten für das Reich, das sich im Sommer hätte billiger einkaufen können, verbunden ist, versteht sich von selbst.

Neue Wertpapiere in Sowjetrußland. Eine Kreisversammlung der Genossenschaften des Gouvernements Wladiwostok beschloß eine Anleihe im Betrage von 2 Milliarden Rubel auszugeben, in Obligationen von 1000 bis zu einer Million Rubel. Die Zinsen betragen 15 Proz. jährlich, zahlbar in drei Raten. Die Anleiher erhalten das erste Recht auf den Anlauf der Genossenschaftsergenisse. — Der Wärschhof in Petersburg prägt gegenwärtig bis zu 10000 silberne Einrubelstücke und 5000 fünfzigkopfenstücke täglich.

Aus aller Welt.

Feuer in der Stuttgarter Gasfabrik. In einem der beiden großen Gasbehälter der Stuttgarter Gasfabrik in Gaisburg brach Mittwoch mittags Feuer aus. Nach Mitteilungen von Augenzeugen schlug bald nach Ausbruch des Brandes eine haushohe Flamme an den Wänden des Behälters empor. In Erinnerung an die Oppauer Katastrophe entstand in der Nachbarschaft der Fabrik unter der Bevölkerung eine große Panik, weil die Leute eine Explosion des Gases befürchteten. Das Feuer entstand vermutlich dadurch, daß sich das sogenannte Liebergas entzündete, das am Fuße des Gasfessels anweilt. Da in dem Behälter zwischen der Außen- und Innenwand Wasser in einer Breite von 6 Metern sich befindet, war eine Explosionsgefahr gänzlich ausgeschlossen.

Schiffsuntergang. New York herab weht aus New Orleans, daß der englische Dampfer Maryland im Hafen nach einem Zusammenstoß mit einem japanischen Schiff untergegangen ist.

Veranm. für den rechte Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; Die Anzeigen: H. Glöck, Berlin. Verlag: Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin. Druck: Boemmers-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Erste Mahnung an die Deutschen Hausfrauen!

häufiger, wie viele Frauen an Krankheiten leiden, die sie aus Schamgefühl vor der Behandlung des Arztes verheimlichen, wie viele unter dem Krampf dieses unwürdigen Zustandes leiden und wie viele bei rechtzeitiger Aufführung gerettet würden. Erkenne nicht die meisten Kräfte schädlich in die Ehe ohne jede Kenntnis der Ursachen gegen sich selbst und ihre künftige Familie, von den Eltern über die wichtigsten Aufgaben des Ehelebens total im Dunkeln gelassen! — In keinem Haus sollte es nicht das berühmte große Rezept von Frau Dr. med. Anna Fischer-Tildemann stehen.

Die Frau als Hausärztin!

Ein ärztliches Nachschlagewerk der Gesundheitsfürsorge und Heilkunde mit besonderer Berücksichtigung der Frauen- und Kinderkrankheiten, Geburtshilfe und Kinderheilkunde und der Nachbehandlung Kriegsverletzter. 1006 Seiten mit ca. 500 Abbildungen, 41 Kunstbelegungen und einem Wechsel-Album „Wann und Wo“. Die Heilkunde enthält genau die Beschreibung der Krankheiten, dann ihre Behandlung.

Großer Prachtband M. 150. — mit Zahlungserleichterung von monatl. nur 15 M.

Die Lieferung des Wertes erfolgt ohne Anschlag. (Siehe Beilage.)
Buchhandlung U. R. Keller, Hermsdorf bei Berlin, Weisbachstraße 2. — Postfach-Konto Nr. 28524 Berlin NW 7.

Die ungeheure Nervenanspannung des Weltkrieges und seiner Folgen kann ohne Schaden nur gut gemacht werden, wenn die Gesundheitspflege zur höchsten Aufgabe der Frauen gemacht wird. Aber die Unwissenheit unter den Frauen auf dem Gebiete der Gesundheitspflege und Heilkunde ist geradezu bedauerlich. Es gibt keine Statistik, die die Anzahl der Krankheiten, die durch die Unwissenheit der Frauen entstehen, angeben könnte. Die Unwissenheit der Frauen ist die Ursache der meisten Krankheiten, die in den Familien entstehen. Die Unwissenheit der Frauen ist die Ursache der meisten Krankheiten, die in den Familien entstehen. Die Unwissenheit der Frauen ist die Ursache der meisten Krankheiten, die in den Familien entstehen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Vorsitzungsstelle Berlin N 54, Littenstraße 83, 85.
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 165, 1299, 1967, 9714.
Am Freitag, den 18. November 1921, abends 8 Uhr, im Berliner Klubhaus, Chausstraße 2:

Versammlung

der Fachgruppe der Uhrmacher im Handwerk (Verein Berliner Uhrmachergehilfen v. 1879).

Tagungsordnung: 1. Wahl der Gruppenleitung und der Kommission. 2. Verhandlungsgegenstände. 3. Beschlüsse.
Die Ortsverwaltung.
Haben Sie Gold-, Silber- oder Platin-
Bruch, Ringe, Ketten, Löffel, Münzensammlungen, Zahngebisse, Brennsteine usw. zu verkaufen, dann gehen Sie nicht in eine kleine Verwertungs- oder Ankaufsstelle. Wir sind Spezialisten hierfür und übernehmen daher jede Konkurrenz. Kommen Sie vertrauensvoll zu uns.
9-7 Uhr.
Gebr. Fuhrmann, Nollendorfstr. 39, Lfd.

Berliner Genossenschaftsbäckerei
(Angelegene Genossenschaft mit beschränkter Haftung)
Am 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Geschäftsstr. 23

Ordentliche General-Versammlung

Tagungsordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Ausschusses, Berlegung der Bilanz und Rechenschaftslegung über die Tätigkeit.
2. Entlastung des Vorstandes und Ausschusses.
3. Rechnungen.
4. Statutenänderungen.
5. Entzüge und Beschlüsse.
Die Bilanz liegt den Mitgliedern im Rat der Geschäftsträger, 29, zur Einsicht aus.
Der Vorstand:
H. Kischel, Paul Kempf

Vorsicht Verkaufen Sie nichts zu billig, ich kaufe ohne zu handeln und zahlen wie bekannt die höchsten Preise für:
Platin Zahnstifte, Uhren, Schmuck, Zahn
Gold Kontakt, Ketten, Schnur, Gebisse
Silber Kronen, Ringe, Bruch
Gebisse 200 bis 2000
Brillanten, alte Münzen, Ferngläser
Richard Herrmann Wilhelmstr. 30, Ecke Kochstraße
nahe Anhalter und Potsdamer Bahnhof.
Vom Publikum selbst als eine höchstzahl. Stelle anerkannt.
Der weiteste Weg zu mir lohnt sich. Vorzeiler dieser Anzeige erhält bei Verkauf 5 M. extra

Für den Weihnachtsmann
kaufen Sie in **Engros-Lager W. Reinecke, SW, Katzbachstr. 25**
(Tel. Karjüst 214) billig ein, wenn Sie sich durch eine geringe Anzahlung den heutigen Preis sichern. Die ausgesuchten Waren werden bis zum Fest kostenlos aufbewahrt.
Metallbettstellen einfache, eleg. 300.- b. 1100.-
keine Holzrahmenmatratzen.
Kinderbettstellen in groß. Ausw. in Engrospr.
Auflegematratzen (dreit.) Stoff- u. Dreibeuge in reich. Ausw.
Stahlmattressen f. Holzbettst. pass. Unterleg.
Alles aus erster Hand!

GOLD-SILBER-PLATIN
kauft Silber-Zentrale
Gotzkowskyst. 31

Altmetalle

kauft zu hohen Preisen
Gehleer,
SO, Waldemarstraße 61

Klaviere
bessere zahl. Kauf Herer,
Göbenstr. 3, Rollend. 1154

Alt-Metalle
Kupfer, Messing, Zinn,
Zink, Blei, Nickel, Metall-
bruch kauft zu höchsten
Preisen
Metallbörse Sawallisch
Puthuser Str. 38.

Gurkofix
feinst. Gurkensalat
Überall erhältlich!
Carl Timmer, Essig-, Mostsch-
Berlin, Büchlingsr. 6

Brillanten Gold- und Silber-Bruch
sind bei der heutigen Valuta
große Werte!
Nur das reelle Juwelengeschäft, welches
Selbstverbraucher ist, bietet Ihnen Ge-
währ für die bestmögliche Verwertung
Ihres Schmuckes.
Otto Köppen, Juwelier,
Große Frankfurter Straße 105,
9 bis 7 Uhr. Ge'ündet 1885